



Beides fehle dann in der Wirtschaft. Diese werde durch mehr und mehr Vorschriften gehemmt: «Als Landwirt weiss ich, wovon ich spreche. Ich muss so viele vom Bund ausgetüftelte Formulare ausfüllen, die zum Teil so komplex sind, dass bei Verständnisfragen manchmal sogar die Verwaltung überfordert ist.»

«Vor 100 Jahren gab es viel weniger Gesetze, trotzdem oder gerade deswegen kam die Schweiz gut voran.»

Vor 100 Jahren habe es viel weniger Gesetze gegeben, und trotzdem oder vielleicht gerade deswegen sei die Schweiz gut vorangekommen. Bei fehlender Gesetzesgrundlage habe jeweils der Gemeinde-, der Regierungs- oder der Bundesrat entschieden. Steinacher: «Das wurde damals akzeptiert. Heute traut sich niemand mehr in der Regierung, solche Entscheide zu fällen, egal ob von SP, Mitte oder SVP, um ja keinen Fehler zu machen. Sie rufen im Zweifelsfall lieber nach einer Gesetzesgrundlage. Leider haben wir heute in der Verwaltung zu viele Juristen, die überall das Haar in der Suppe finden und damit dieser Tendenz Vorschub leisten», so sein Vorwurf. Die Bürokratie, welche die Gesetze nach sich ziehe, koste Unsummen.

gemeinde Schupfart die Klagen der KMU und ärgert sich selbst über Formular- und Statistikflut. «Doch all die Formulare werden ja von jemandem ausgearbeitet, die Bögen müssen ausgewertet werden, sodass daraus eine Statistik entsteht», sagt Steinacher. Dafür brauche der Staat Personal, was Steuergeld koste. Das Grundproblem sieht er in unserer heutigen Vollkasko-Mentalität. «Für alles und jedes schaffen wir ein Gesetz, dessen Einhaltung natürlich kontrolliert werden muss. Auch das braucht Personal und Steuergeld.»



Andy Steinacher

«Ich fordere einen Numerus clausus für Gesetze.»

Steinacher fordert weniger Juristen in der Bürokratie: «Und wir brauchen einen Numerus clausus für Gesetze. Ein neues Gesetz soll nur noch beschlossen werden dürfen, wenn dafür ein anderes Gesetz abgeschafft wird.» Und er fordert eine Bestandsaufnahme aller Umfragen und Statistiken. Wozu, das bringt doch nur zusätzliche Bürokratie? Steinacher schüttelt den Kopf: «Nicht, wenn wir danach das zuständige Personal reduzieren und die Hälfte der Statistiken abschaffen. Das zwingt die Verwaltung, sich auf notwendige und nützliche Statistiken zu konzentrieren.»

«Langsamkeit in der Politik kann zu grotesken Situationen führen.»

Karin Faes

Karin Faes ist FDP-Grossrätin und in der Geschäftsleitung der Bauunternehmung Gebr. Faes AG in Oberkulm. Auch sie kennt die Problematik als Unternehmerin und als Mitglied des Gesetzgebers. Sie sei in einem stark regulierten Bereich tätig, sagt sie und beobachtet mit Sorge, wie stark die Arbeitswelt und die Politik auseinanderdriften. Faes: «Es müssen in immer kürzeren Abständen zu komplexeren Fragen Entscheide gefällt werden.» Im Kontrast dazu sei die Politik langsam, was zu grotesken Situationen führen könne. Wo zum Beispiel? Die gesundheitspolitische Kommission, der sie angehöre, berate derzeit die Umsetzung einer Zulassungssteuerung für Ärzte, die bei ihrem Entstehen möglicherweise nötig gewesen sei, sagt Faes. Inzwischen sei die Situation aber ganz anders. Trotzdem müsse man die Revision des Bundesgesetzes jetzt kantonal umsetzen, kritisiert sie.

«Wir regulieren uns fast zu Tode.»

Sie bedauert, dass nicht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer Politik machen. Wieso eigentlich nicht? Sie sind ja von vielen Gesetzen betroffen. Das sei ihnen sehr bewusst, sagt Faes: «Aber vielen fehlt die Zeit, vielen ist die Politik zu langsam, oder Unternehmen unterstützen Führungs-



Karin Faes

kräfte bei ihren politischen Ambitionen nicht, weil sie dann im Betrieb fehlen.» Sie nimmt sich diese Zeit, verzweifelt aber manchmal fast an den Rahmenbedingungen, zum Beispiel wenn sich Baubewilligungen ins Unendliche ziehen: «Wir regulieren uns fast zu Tode. Damit werden Unternehmer, die etwas wagen wollen, massiv gehemmt.»

Was würde sie tun? Wie Andy Steinacher nur noch ein Gesetz verabschieden wollen, wenn dafür ein anderes gecancelt wird? So weit würde Karin Faes nicht gehen: «Es gibt ja Bereiche wie zum Beispiel den Cyberraum, die

dringend reguliert werden müssen. Zentral ist aber, die bestehenden Gesetze konsequent und mit gesundem Menschenverstand anzuwenden. Und wenn ein neues kommt, ist dieses gründlich zu hinterfragen inklusive Regulierungskosten finanzieller und personeller Art. Ausserdem dürfen wir es erst verabschieden, wenn wir genau wissen, welche Auswirkungen das auf die Wirtschaft und die Gesellschaft hat.»



Michael Wetzel

«In Zusammenarbeit mit Parlament, Regierung und Verwaltung pragmatische Lösungen finden.»

Michael Wetzel

Michael Wetzel aus Ennetbaden ist Grossrat der Mitte und Winzer, und er kandidiert auf der Nationalratsliste «Mitte LA. Miteinander. Für Land- & Ernährungswirtschaft». Ihn beschäftigen ebenfalls behördliche Auflagen immer stärker. Manchmal entwickle die Verwaltung gar ein Eigenleben. Inwiefern? Als Wildschweine in Reb-

bergen Schäden anrichteten, kam von der Verwaltung der Bescheid, diese würden nur entschädigt, wenn die Winzer ihre Rebanlagen wirksam einzäunten. Das war ihnen neu. Eine Delegation mit Wetzel sprach bei der Verwaltung vor. Das sei nicht im Sinne des Gesetzes, zumal oft Wildtierkorridore durch Rebberge führten. Dort dürfe man gar nicht einzäunen. Die Verwaltung krebste zurück. Wetzel: «Wir hätten dafür im Grosse Rat einen medienwirksamen Vorstoss lancieren können. Uns ging es aber darum, im Gespräch mit der Verwaltung rasch und pragmatisch eine Lösung zu finden. Das hat geklappt.»

Ich werde in Bern für uns Brücken bauen

2x auf Ihre Liste 4a.05

Brückenbauer/Mensch/Unternehmer

Alfons Paul Kaufmann

Grossrat
Fraktionspräsident Die Mitte Aargau
Vize-Präsident Die Mitte Aargau

Freiheit. Solidarität.
Verantwortung.

ration sehr.» Er vers an einem Beispiel. er einen Pflanzenpass te ihm noch ein, sagt ann man nachverfol- fällige Pflanzenkrank- ein Verständnis hat er eine Holzdeklaration

it kann ein Betrieb is sein Holz aus nach- tion stammt. «Das lzkdeklaration ist eine yflichtet Hediger bei, das wir beziehen, ist fiziert, dafür müssen en geradestehen, was Deshalb leuchtet mir der Bund ebenso von iufern zuhanden der r und Konsumenten Deklaration von Holz- ft verlangt, zum Bei- l, Balken oder Hobel- doppelt gemoppelt. d diese Auflage, die en echten Zusatznut- ch fallen liesse, wären entlastet.»

undproblem ere heutige mentalität.»

Steinacher

tikerinnen und Politi- SVP-Grossrat Andy it als Landwirt und imann seiner Wohn-